



Verwaltungsrat

350. Tagung, Genf, 4.–14. März 2024

Institutionelle Sektion

INS

Datum: 4. März 2024

Original: Englisch

Zehnter Punkt der Tagesordnung

Folgemaßnahmen zur Entschließung über die vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO zu Belarus empfohlenen Maßnahmen

► Einleitung

1. Auf seiner 349. Tagung (Oktober–November 2023) hat der Verwaltungsrat „mit anhaltender Besorgnis Kenntnis von den im Dokument [GB.349/INS/13\(Rev.1\)](#) enthaltenen Informationen genommen“, in dem die Folgemaßnahmen zur Entschließung über die vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO zu Belarus empfohlenen Maßnahmen ¹ dargelegt sind, mit denen die Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses, der eingesetzt worden war, um festzustellen, ob die Regierung von Belarus ihre Verpflichtungen gemäß dem Übereinkommen (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, und dem Übereinkommen (Nr. 98) über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, erfüllt, sichergestellt werden soll. Bei dieser Gelegenheit hat der Verwaltungsrat darüber hinaus:
 - a) [...]
 - b) die Regierung von Belarus abermals nachdrücklich aufgefordert, dringend eine dreigliedrige IAA-Mission mit dem Auftrag zu empfangen, Informationen über die Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses und der späteren Empfehlungen der Aufsichtsorgane der IAO zu sammeln und im Rahmen dessen auch den unabhängigen

¹ ILC.111/Entschließung I.

Gewerkschaftsführern und Aktivisten, die sich im Gefängnis oder in Haft befinden, Besuch zu erstatten;

- c) die Mitgliedstaaten gebeten, auch weiterhin Schritte zur Gewährleistung wirksamer Folgemaßnahmen zur Entschließung der Konferenz zu den vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO zu Belarus empfohlenen Maßnahmen zu unternehmen;
- d) den Generaldirektor ersucht, [einen Aktionsplan zur Umsetzung der Entschließung der Konferenz auszuarbeiten und] einen aktualisierten Bericht für die 350. Tagung (März 2024) des Verwaltungsrats zu erstellen.

► Jüngste Entwicklungen

2. Auf seiner 94. Tagung (November–Dezember 2023) hat der Sachverständigenausschuss für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen (CEACR) die Durchführung der Übereinkommen Nr. 87 und Nr. 98 in Belarus überprüft und in diesem Zusammenhang die Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses weiterverfolgt. Bei dieser Gelegenheit bedauerte der CEACR unter anderem das völlige Fehlen von Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses von 2004 und bei den Maßnahmen hinsichtlich der nicht umgesetzten Empfehlungen der Aufsichtsorgane der IAO sowie die weitere Verschlechterung der Lage im Land in Bezug auf die Vereinigungsfreiheit. Der Ausschuss forderte die Regierung abermals nachdrücklich auf, mit der IAO zusammenzuarbeiten, um alle noch nicht umgesetzten Empfehlungen der Aufsichtsorgane der IAO ohne weitere Verzögerungen in vollem Umfang umzusetzen.
3. Es wird erwartet, dass der Ausschuss für Vereinigungsfreiheit, der vom Untersuchungsausschuss mit der Weiterverfolgung der Umsetzung seiner Empfehlungen beauftragt wurde, auf seiner Tagung im März 2024 die von der Regierung von Belarus zu diesem Zweck ergriffenen Maßnahmen überprüft. Seine Schlussfolgerungen und Empfehlungen werden in seinem 406. Bericht veröffentlicht, der dem Verwaltungsrat auf seiner gegenwärtigen Tagung vorzulegen ist.
4. In seiner Mitteilung vom 30. Januar 2024 ² teilte der Belarussische Kongress Demokratischer Gewerkschaften (BKDP) mit, dass die Regierung die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses nicht umgesetzt habe und dass führende Arbeitnehmervertreter und Aktivisten sowie unabhängige Gewerkschaften auch 2023 und 2024 nach wie vor Repressalien ausgesetzt gewesen seien. Nach Angaben des BKDP wies der Oberste Gerichtshof von Belarus im Zeitraum März–August 2023 insbesondere drei Berufungsklagen ab, die von der Freien Gewerkschaft der Metallarbeiter (SPM), der Freien Belarussischen Gewerkschaft (SPB) und der Unabhängigen Belarussischen Gewerkschaft (BNP) hinsichtlich ihrer durch den Obersten Gerichtshof im Juli 2022 angeordneten Auflösung eingebracht worden waren. Im Fall der BNP entschied der Oberste Gerichtshof, dass keine Gesetzesverletzung durch das erstinstanzliche Gericht vorlag. Im Fall der SPM und der SPB kam der Oberste Gerichtshof zu dem Schluss, dass die Vertreter beider Organisationen nicht zur Einbringung einer Klage befugt gewesen seien. Der BKDP erläuterte, dass gemäß den innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Auflösung einer juristischen Person auch das Ende der Gültigkeit der von dieser juristischen Person erteilten Vertretungsvollmachten nach sich zieht. Die erzwungene Einstellung der Tätigkeiten der Gewerkschaft schließt demnach die Möglichkeit für die Vertreter der Gewerkschaft aus,

² Die vom BKDP erhobenen Vorwürfe werden im 406. Bericht des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit dargelegt und detailliert überprüft.

Einspruch gegen selbige zu erheben. Im Juni 2023 wies der Oberste Gerichtshof die Berufung im Strafrechtsverfahren „Rabochy Ruch“ [Arbeiterbewegung] ab, in dem neun Arbeitnehmer-aktivisten und Mitglieder unabhängiger Gewerkschaften (Frau Hanna Ablab und die Herren Siarhei Dziuba, Aliaksandr Hashnikau (BNP), Aliaksandr Kapshul (BNP), Ihar Mints, Andrei Paheryla (BNP), Siarhei Shelest (BNP), Valiantsin Tseranevich (BNP) und Uladzimir Zhurauka (BNP)) wegen der Ausübung ihrer Rechte auf Vereinigungsfreiheit und freie Meinungsäußerung zu Haftstrafen im Ausmaß von mehr als zehn Jahren verurteilt worden waren. Der Rechtsbeistand von Herrn Kapshul war gezwungen, nach der Androhung von Repressalien aus Belarus zu fliehen.

5. Der BKDP gab an, dass mit Stand 30. Januar 2024 mehr als 50 Führungspersönlichkeiten und Aktivisten auf Arbeitnehmerseite vom Staat verfolgt wurden. Von diesen wurden einige inhaftiert bzw. Freiheitsbeschränken unterworfen, während andere zwar aus der Haft entlassen, jedoch nicht freigesprochen wurden (17 Personen). Die geltenden Rechtsvorschriften sehen für Personen, die ihre Haftstrafen verbüßt haben, eine Einschränkung ihrer Rechte vor. Für alle Personen, die nach Verbüßung einer Haftstrafe wegen sogenannter extremistischer oder terroristischer Handlungen aus der Haft entlassen werden, gelten folgende zusätzliche Einschränkungen: Verbot, das Land oder die Gemeinde ohne polizeiliche Erlaubnis zu verlassen; regelmäßige Überprüfungen an ihrem Wohnort; wöchentliche Meldung bei der zuständigen Polizeidienststelle; Verbot der Ausübung bestimmter beruflicher Tätigkeiten, darunter im öffentlichen Dienst, in der Bildungsarbeit usw., bis zur Tilgung der Vorstrafe aus dem Strafregister (durchschnittlich zwei bis fünf Jahre nach Verbüßung der Haftstrafe); Verbot des Organisierens von Großveranstaltungen bis zur Tilgung der Vorstrafe aus dem Strafregister (zwei bis fünf Jahre nach Verbüßung der Haftstrafe) sowie Überwachung ihrer Bankkonten durch Sondereinheiten, was auch das Einfrieren von Konten umfassen kann. Der BKDP wies darauf hin, dass die Regierung mittels eines Beschlusses des Innenministeriums und des Ausschusses für Staatssicherheit (KGB) eine Liste mit den Namen angeblicher Extremisten und Terroristen gebilligt habe, auf der sämtliche aus der Haft entlassenen Gewerkschaftsvertreter aufgeführt seien; bis jetzt sei noch kein Verfahren zur Streichung aus dieser Liste festgelegt worden. Laut BKDP stellt die Verhängung von Verwaltungsgewahrsam eine weitere Form der Unterdrückung dar. Er legte eine Liste von Fällen vor, in denen Führungspersönlichkeiten und Aktivisten der Arbeiterbewegungen im Zeitraum Februar bis Dezember 2023 wegen verwaltungsrechtlicher Vergehen inhaftiert wurden.³
6. Der BKDP legte weitere Einzelheiten zu den Haftbedingungen von Herrn Aliaksandr Yarashuk, dem Vorsitzenden des BKDP, vor, der wegen „Durchführung und Vorbereitung von Handlungen, die einen groben Verstoß gegen die öffentliche Ordnung darstellen, oder die aktive Teilnahme daran“ sowie wegen „Aufrufen zu restriktiven Maßnahmen (Sanktionen) und anderen Handlungen zum Schaden der nationalen Sicherheit von Belarus“ am 26. Dezember 2022 zu vier Jahren Haft verurteilt worden war. Der BKDP erinnerte daran, dass seine Haftbedingungen von „gewöhnlich“ zu „strikt“ verschärft worden seien und er im November 2023 in die Haftanstalt Mogilev Nr. 4 verlegt worden sei. Die Änderung des Vollzugsregimes ist eine Sanktion, die gegen Personen verhängt wird, die des böswilligen Verstoßes gegen feststehende Verfahrensregeln zur Verbüßung von Haftstrafen für schuldig befunden wurden. Laut BKDP sei die Verhängung derartiger Sanktionen gegen Führungspersönlichkeiten und Aktivisten der Arbeiterbewegung gängige Praxis. Die entsprechenden Rechtsgründe dafür werden von der Strafvollzugsverwaltung festgelegt. Beim genannten Vollzugsregime können Häftlinge lediglich eine Grundeinheit pro Monat für Nahrungsmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs aus-

³ 406. Bericht des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit; erscheint demnächst.

geben (mit Stand 22. Januar 2024 entspricht eine Grundeinheit 40 belarussischen Rubel ⁴), einmal pro Jahr Besuch empfangen (Besuche dauern vier Stunden und finden im Beisein eines Vollzugsbeamten statt), ein Paket oder eine kleine Zusendung pro Jahr erhalten, und sie haben Anspruch auf eine Stunde Hofgang pro Tag.

7. Der BKDP verwies ferner auf die Situation von Frau Polina Sharenda-Panasiuk, einer Aktivistin der Belarussischen Gewerkschaft der Radio- und Elektronikindustrie (REP), die der „böswilligen Nichtbefolgung der Vorgaben der Verwaltung einer Haftstrafe durchführenden Vollzugsanstalt“ für schuldig befunden und am 10. September 2023 zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt worden war. Der BKDP erinnerte daran, dass Frau Sharenda-Panasiuk am 9. Juni 2021 gemäß Paragraph 364 des Strafgesetzbuchs („Gewalt oder Gewaltandrohung gegen Exekutivbeamte“), Paragraph 369 des Strafgesetzbuchs („Beleidigung eines Vertreters der Staatsmacht“) und Paragraph 368 des Strafgesetzbuchs („Beleidigung des Präsidenten der Republik Belarus“) zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt worden war. Laut BKDP sei Frau Sharenda-Panasiuk während ihrer gesamten Haftdauer Verfolgung ausgesetzt gewesen. Den neuesten verfügbaren Informationen zufolge wäre ihrem Anwalt seit Ende Dezember 2022 kein Besuch mehr bei ihr gestattet gewesen. Seit diesem Zeitpunkt wäre sie vielfach in Einzelhaft- und Hochsicherheitszellen untergebracht gewesen, einer psychiatrischen Untersuchung unterzogen und seit Juni 2023 mehrmals zwischen verschiedenen Gefängnissen und Vollzugsanstalten hin und her verlegt worden. Der Empfang von Paketen mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Medikamenten wäre untersagt worden. Frau Sharenda-Panasiuk sprach von den verschärften Haftbedingungen und davon, dass sie von anderen Häftlingen geschlagen worden sei, angeblich unter Beteiligung von Mitgliedern der Vollzugsverwaltung, jedoch wären Zeugenaussagen von den Behörden ignoriert und keine Untersuchung durchgeführt worden.
8. Darüber hinaus wurden nach Angaben des BKDP Arbeitnehmer und Gewerkschaftsaktivisten, die im Jahr 2020 und danach an friedlichen Versammlungen teilgenommen hatten, weiterhin vom KGB verhört. Staatliche Unternehmen behielten die von ihnen geübte Praxis bei, befristete Arbeitsverträge mit Aktivisten und Arbeiterbewegungs- und Gewerkschaftsmitgliedern, die wegen der Ausübung ihrer Rechte auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie auf freie Meinungsäußerung verwaltungsrechtlich zur Rechenschaft gezogen wurden, nicht zu erneuern oder frühzeitig zu kündigen. Laut BKDP wären den Führungsgremien dieser Unternehmen Listen solcher Beschäftigten vom KGB übermittelt worden.
9. Darüber hinaus brachte der BKDP auch vor, dass die Möglichkeiten der Arbeitnehmer zur Abhaltung friedlicher Versammlungen sowohl durch das Gesetz als auch durch die geübte Praxis weiterhin wesentlichen Einschränkungen unterlägen, und gab in diesem Zusammenhang an, dass nach der am 6. September 2023 erfolgten Abänderung der Verordnung „über die Regelung der Bezahlung für durch Exekutivorgane zum Schutz der öffentlichen Ordnung erbrachte Leistungen und der Abgeltung der Kosten für die medizinische Betreuung und die Reinigung des Geländes nach Abhaltung einer Großveranstaltung“ die finanzielle Belastung für die Organisatoren von Großveranstaltungen (darunter auch Arbeitnehmerverbände) weiter zugenommen habe. Der BKDP wies darauf hin, dass aufgrund des Fehlens unabhängiger Gewerkschaften die Finanzierung von Großveranstaltungen durch derartige Organisationen unmöglich sei. Der BKDP erläuterte ferner, dass Großveranstaltungen mit weniger als 1.000 Teilnehmern zwar von Einzelpersonen organisiert werden können, diese jedoch als potenzielle Organisatoren nicht in der Lage sind, öffentliche Spendenaufrufe zu deren Finanzierung zu tätigen, weil es verboten ist, vor Erteilung der Genehmigung zur Abhaltung einer Großveran-

⁴ Ungefähr 11 Euro.

staltung Informationen darüber zu verbreiten. Darüber hinaus ist es Personen, die bereits gegen die Regelungen zur Organisation oder Abhaltung einer Großveranstaltung verstoßen haben, gesetzlich verboten, innerhalb eines Jahres nach Verhängung einer Verwaltungsstrafe wegen eines solchen Verstoßes Großveranstaltungen zu organisieren; das Gleiche gilt für Personen, deren Vorstrafen nicht aus dem Strafregister getilgt wurden, sowie für Personen, die wegen einer Straftat gegen den Frieden und die Sicherheit, einer Straftat gegen die öffentliche Sicherheit, die öffentliche Ordnung und die öffentliche Moral oder wegen einer Straftat gegen den Staat verurteilt wurden. In der Praxis bedeutet das, dass die betreffenden Personen zwei bis fünf Jahre nach Verbüßung ihrer Strafe nicht das Recht haben, Großveranstaltungen zu organisieren, und dass von Aktivist:innen der aufgelösten unabhängigen Gewerkschaften keine Großveranstaltungen mit weniger als 1.000 Teilnehmern organisiert werden können. Der BKDP wies ferner darauf hin, dass die Liste der Orte, an denen die Abhaltung einer Großveranstaltung erlaubt ist, am 23. Oktober 2023 weiter abgeändert und damit das Recht auf die Abhaltung friedlicher Versammlungen weiter eingeschränkt worden sei. Der BKDP erinnerte daran, dass das Gesetz über Großveranstaltungen immer noch vorsieht, dass eine Gewerkschaft im Falle auch nur eines einzigen Verstoßes gegen seine Bestimmungen aufgelöst werden kann.

10. Laut BKDP sei es für unabhängige Gewerkschaften und ihre Mitglieder unmöglich, ihren Tätigkeiten legal nachzugehen. Jeder, der unabhängigen Gewerkschaften beitrifft und deren rechtmäßigen Tätigkeiten nachgeht, unterliege der strafrechtlichen Verfolgung nach Paragraph 193-1 des Strafgesetzbuchs („Rechtswidriges Organisieren von Tätigkeiten eines öffentlichen Vereins, einer religiösen Organisation oder Stiftung oder Beteiligung an deren Tätigkeiten“) mit einer Strafandrohung von Freiheitsbeschränkung oder Freiheitsentzug von bis zu zwei Jahren oder nach Paragraph 361-1 des Strafgesetzbuchs („Gründung oder Beteiligung an einer extremistischen Gruppierung“) mit einer Strafandrohung von Freiheitsbeschränkung oder Freiheitsentzug von bis zu sechs Jahren oder nach Paragraph 361-4 des Strafgesetzbuchs („Begünstigung extremistischer Aktivitäten“) mit einer Strafandrohung von Freiheitsbeschränkung oder Freiheitsentzug von bis zu sieben Jahren. Laut BKDP scheuen die Arbeitnehmer in Belarus angesichts der weitverbreiteten Repressalien gegen Führungspersönlichkeiten und Aktivist:innen von Arbeiterbewegungen davor zurück, die Gründung neuer Gewerkschaften anzugehen.
11. In ihrer Mitteilung vom 12. Februar 2024 bekräftigte die Regierung erneut ihren Standpunkt, dass die innerstaatliche Gesetzgebung und Praxis in vollem Umfang mit den Übereinkommen Nr. 87 und Nr. 98 in Einklang stünden, dass die Gewerkschaftsrechte in vollem Umfang geachtet würden und dass alle erforderlichen Voraussetzungen für ihre Gewährleistung und Funktionsfähigkeit erfüllt seien. Die Regierung vertritt die Auffassung, dass vor dem Hintergrund des beispiellosen politischen und wirtschaftlichen Drucks auf Belarus die Erfüllung der Anforderungen der IAO-Aufsichtsorgane Bedingungen schaffen würde, unter denen der destruktive Einfluss von außen auf die Situation im Land verstärkt würde, und eine derartige Entwicklung weder im nationalen Interesse des Landes läge noch dem Zweck dienen würde, das Wohlergehen der belarussischen Bürger zu gewährleisten. Die Regierung von Belarus nahm mit tiefem Bedauern Kenntnis von der negativen Bewertung der Aufsichtsorgane der IAO hinsichtlich ihrer Bemühungen um eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und dem Amt bei der Umsetzung der Empfehlungen der Untersuchungskommission. Die Regierung erklärte erneut, dass einige der an Belarus gerichteten Empfehlungen vollständig umgesetzt und bei der Umsetzung weiterer Empfehlungen erhebliche Fortschritte erzielt worden seien. Die Regierung wies darauf hin, dass sie bereit sei, an den Empfehlungen der Untersuchungskommission zu arbeiten, sofern den nationalen Realitäten und Interessen Rechnung getragen würde.
12. Die Regierung bekräftigte zudem, dass die an die IAO gerichteten Beschwerden die Situation im Land nicht widerspiegeln, sondern verzerrt darstellen und dass die Behauptungen, die

Gewerkschaften und Bürger des Landes würden wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten und der rechtmäßigen und friedlichen Ausübung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten verfolgt, unbegründet seien. Nach Ansicht der Regierung wären die Proteste im Jahr 2020 und die sogenannte Streikbewegung organisiert worden, um das wirtschaftliche Potenzial und das soziale Wohlergehen des Landes zu untergraben. Aus Sicht der Regierung hätten somit die Verfasser der Beschwerden bewusst und ohne objektiven Grund politische Fragen in den Zuständigkeitsbereich der IAO „eingeschleust“. Das Ziel solcher Aktionen bestünde darin, Belarus in Verruf zu bringen, beispiellose einseitige restriktive Maßnahmen gegen das Land zu rechtfertigen, den politischen Druck auf die rechtmäßigen Behörden zu erhöhen und eine weitere Welle von Sanktionen auf der Grundlage von Beschlüssen der IAO auszulösen.

13. Die Regierung erklärte, dass die oben genannte Mitteilung vom 30. Januar 2024, unterschrieben von Herrn Maksim Pazniakou, der sich als derzeitiger Präsident des aufgelösten Belarussischen Kongresses Demokratischer Gewerkschaften (BKDP) bezeichne, nichts anderes als ein weiterer Versuch sei, die Situation im Land falsch darzustellen, die IAO-Gremien von der angeblichen Verfolgung von Gewerkschaftsführern und Aktivisten durch die Behörden zu überzeugen und den rechtswidrigen Druck auf Belarus weiter zu verstärken. Die Regierung hatte sich zuvor zu den Gründen geäußert, aus denen die in der Mitteilung von Herrn Pazniakou genannten Bürger vor Gericht gestellt und wegen bestimmter schwerer Straftaten rechtlich zur Verantwortung gezogen worden waren. Die Regierung fügte hinzu, einige der genannten Personen seien Mitglieder der Gruppe „Rabochy Rukh“/„Erweiterter Runder Tisch“, einer aus dem Ausland finanzierten extremistischen Vereinigung, die das Ziel verfolge, Beschäftigte staatlicher Industrieunternehmen in radikale politisierte Aktivitäten zu involvieren, um an offizielle Informationen über die wirtschaftlichen Aktivitäten dieser Unternehmen zu gelangen, den Produktionsprozess zum Erliegen zu bringen und den Sanktionsdruck auf Belarus zu erhöhen. Die Mitglieder dieser extremistischen Gruppe wären neben der Begehung extremistischer Straftaten auch an illegalen Aktivitäten beteiligt, die darauf abzielten, amtliche Informationen vertraulicher Art über die Wirtschaftseinheiten des Landes zu sammeln und anschließend an einen ausländischen Staat, eine ausländische Organisation und deren Vertreter weiterzugeben.
14. Die Regierung erinnerte daran, dass die Aktivitäten des BKDP und seiner Mitgliedsorganisationen im Sommer 2022 durch Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs eingestellt wurden, da sie gegen die Verfassung und andere Rechtsakte verstießen und den Interessen des Staates und der Öffentlichkeit schaden. Die angeblich im Namen des BKDP tätige Struktur sei nicht in Belarus registriert und somit nicht rechtmäßig. Nach Ansicht der Regierung gäbe es daher keine rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit der IAO mit der oben genannten Struktur als ein nationaler Verband, der angeblich die Interessen der belarussischen Arbeitnehmer vertrete. Derzeit sei der Gewerkschaftsbund von Belarus der nationale Gewerkschaftsdachverband. Diesbezüglich betonte die Regierung, dass dies das Ergebnis des Willens und der eigenen Initiative der Arbeitnehmer sei und nicht durch die innerstaatlichen Rechtsvorschriften erzwungen wurde.
15. Die Regierung betonte, dass der Entschließung zu Belarus, in der praktisch die Isolation des belarussischen Staates gefordert wird, keinerlei objektive Gründe für ihre Annahme zugrunde lägen und sie ein ernsthaftes Hindernis für jede weitere effektive und produktive Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Amt darstelle. Nach Ansicht der Regierung sei die Förderung ungerechter und ungerechtfertigter Beschlüsse der IAO gegen Belarus durch westliche Länder in die Wege geleitet worden. Viele IAO-Mitgliedstaaten seien mit den Anschuldigungen gegen Belarus nicht einverstanden und seien sich ihres politisierten Charakters voll bewusst. Die Regierung vertritt die Auffassung, dass jegliche Schritte zur Umsetzung der Ent-

schließung zu Belarus einen gefährlichen Präzedenzfall für nicht rechtmäßigen Druck auf das Land schaffen, der auf falschen, politisch motivierten Anschuldigungen beruhe. Die Politik der Isolation, der Blockierung von Kooperationsmöglichkeiten, der Beschränkungen und Sanktionen sei eine Sackgasse, durch die die Autorität der IAO untergraben und die Ideologie und die Grundsätze der Organisation ausgehöhlt würden, und die Regierung rufe dazu auf, derartige Beschlüsse aufzuheben.

16. Das Amt ist erneut mit der UN-Sonderberichterstatterin über die Menschenrechtssituation in Belarus zusammengetroffen. Bei dieser Gelegenheit informierte das Amt die Sonderberichterstatterin über die Folgemaßnahmen zur Entschließung zu Belarus gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO und diskutierte über für das Mandat der UN-Sonderberichterstatterin und die IAO relevante Angelegenheiten in Bezug auf die Lage der Vereinigungsfreiheit im Land.
17. Bezüglich der zur Gewährleistung wirksamer Folgemaßnahmen zur Entschließung der Konferenz über die vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO zu Belarus empfohlenen Maßnahmen unternommenen Schritte wurden von Mitgliedstaaten keine weiteren Informationen vorgelegt.

► Vorgeschlagener Aktionsplan zur Umsetzung der Entschließung der Konferenz

18. Zur Umsetzung der gemäß der Entschließung in seine Zuständigkeit fallenden Maßnahmen hat das Amt folgende Schritte eingeleitet und wird diese weiterhin verfolgen:
 - a) mit dem Ziel, ein koordiniertes Vorgehen zur Erzielung von Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses zu gewährleisten und Informationen über Fragen, die für die Lage der Gewerkschaftsrechte in dem Land relevant sind, auszutauschen:
 - i) Zusammenarbeit:
 1. mit den in der Entschließung erwähnten internationalen Organisationen ⁵ zur Ermittlung der Bereiche, in denen im Rahmen der Mandate ihrer jeweiligen Gremien Maßnahmen ergriffen werden können;
 2. mit der UN-Sonderberichterstatterin hinsichtlich der Menschenrechtssituation in Belarus, mit der UN-Sonderberichterstatterin betreffend die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, mit dem UN-

⁵ Die folgenden Organisationen wurden angeschrieben: Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Internationale Atomenergie-Behörde (IAEA), Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO), Internationaler Währungsfonds (IWF), Internationale Organisation für Migration (IOM), Internationale Fernmeldeunion (ITU), Vereinte Nationen (UN), Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat), Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), Weltbankgruppe, Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP), Weltgesundheitsorganisation (WHO), Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), Weltorganisation für Meteorologie (WMO), Weltorganisation für Tourismus (UNWTO), Weltpostverein (UPU), Welthandelsorganisation (WTO), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und Arabische Arbeitsorganisation (ALO).

Sonderberichterstatter für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und der UN-Sonderberichterstatterin über die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten;

3. mit dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR);
- b) Organisation einer hochrangigen Tagung am Runden Tisch unter Mitwirkung unter anderem von Vertretern der oben genannten Organisationen, Sonderberichterstattern sowie Vertretern des BKDP noch vor der 112. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz (2024);
- c) Zusammenarbeit mit der Regierung von Belarus im Hinblick auf die Bestellung eines Sonderbeauftragten des Generaldirektors mit dem Auftrag, alle für die rasche und wirksame Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses maßgeblichen Tätigkeiten zu überwachen. Der Sonderbeauftragte wird im Zusammenwirken mit den Behörden Unterstützung bei der Erarbeitung von entsprechenden Strategien und eines diesbezüglichen Fahrplans leisten;
- d) weitere Sammlung von Informationen der dreigliedrigen Mitgliedsgruppen über die Umsetzung der gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO beschlossenen Maßnahmen.

► Beschlussentwurf

19. Der Verwaltungsrat hat

- a) mit wachsender Besorgnis die im Dokument GB.350/INS/10(Rev.1) enthaltenen Informationen zur Kenntnis genommen;
- b) die Regierung von Belarus abermals nachdrücklich aufgefordert, dringend eine dreigliedrige IAA-Mission mit dem Auftrag zu empfangen, Informationen über die Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses und der späteren Empfehlungen der Aufsichtsorgane der IAO zu sammeln und im Rahmen dessen auch den unabhängigen Gewerkschaftsführern und Aktivisten, die sich im Gefängnis oder in Haft befinden, Besuch zu erstatten;
- c) die Regierung von Belarus nachdrücklich aufgefordert, dem Generaldirektor bis 15. April 2024 sämtliche Informationen über Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses vorzulegen, damit sie an den Normensetzungsausschuss weitergeleitet werden, und bis 15. September 2024 Informationen über weitere Entwicklungen vorzulegen, damit der Verwaltungsrat auf seiner 352. Tagung (Oktober–November 2024) darüber in Kenntnis gesetzt wird;
- d) den Aktionsplan zur Umsetzung der Entschliebung der Konferenz zur Kenntnis genommen;
- e) die Mitgliedsgruppen der Organisation – Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer – gebeten, auch weiterhin Schritte zur Gewährleistung wirksamer Folgemaßnahmen zur Entschliebung der Konferenz zu den vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO zu Belarus empfohlenen Maßnahmen zu unternehmen, insbesondere betreffend Maßnahmen, die ergriffen wurden, um sicherzustellen, dass der Grundsatz der Nichtzurückweisung eingehalten wird (Absatz 2 Buchstabe b der Entschliebung), und dem Generaldirektor Bericht zu erstatten, damit der Verwaltungsrat darüber in Kenntnis gesetzt wird;

- f) den Generaldirektor ersucht, einen aktualisierten Bericht zu erstellen, um den Normsetzungsausschusses auf der 112. Tagung (2024) der Konferenz über die jüngsten Entwicklungen zu informieren;**
- g) den Generaldirektor ersucht, einen aktualisierten Bericht für die 352. Tagung (Oktober–November 2024) des Verwaltungsrats zu erstellen.**

► Appendix¹

Communication for the Government of Belarus (12 February 2024)

Information from the Government of Belarus regarding the situation in the country in respect of trade union rights and the implementation of the Freedom of Association and Protection of the Right to Organise Convention, 1948 (No. 87), and the Right to Organise and Collective Bargaining Convention, 1949 (No. 98), the implementation of the recommendations of the Commission of Inquiry, the activities of tripartite social partnership bodies, the prosecution of particular individuals and the adoption during the 111th session of the International Labour Conference of a resolution on Belarus and its implementation

350th Session of the Governing Body of the International Labour Office (4–14 March 2024)

Respect for trade union rights and implementation of Conventions Nos 87 and 98

The Government of Belarus has repeatedly drawn ILO bodies' attention to the **lack of contradiction between national law and practice and the provisions of ILO Conventions on freedom of association**.

The principle of the rule of law applies in Belarus. The State guarantees citizens' rights and liberties as enshrined in the Constitution and laws and as provided for by international obligations.

Belarus has **done everything necessary to ensure that trade unions and their organizational structures can be freely established, successfully go through the registration** (or recording) **procedure and carry out their lawful activities** without outside interference.

Guarantees of trade union rights are enshrined in law (the Law on Trade Unions) and implemented in practice

Employers (and their associations), state bodies, economic entities, public associations and officials must observe trade union rights. Violations of the rights of trade unions or obstruction of their lawful activity by these entities and individuals are punishable by law.

In order to fulfil the objectives set out in their charters, trade unions are entitled to organize and hold, in accordance with the law, meetings, street processions, demonstrations and other collective actions to defend their members' interests.

Trade unions are entitled to organize and hold strikes in accordance with the law (political demands may not be made in strikes called by trade unions).

Unlawful restrictions on the rights of trade unions and obstructions to the exercise of their powers are not permitted.

Any decisions affecting the right to associate in trade unions are taken in strict compliance with the law, based on the principle of maximum consideration of citizens' rights and interests.

¹ Nur auf Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch verfügbar.

Trade unions have been granted the right to be located not only at their employer's address but also at any other location in order to broaden their scope to obtain the legal address necessary for registration.

As practice shows, to date the need to confirm the existence of a legal address has not impeded trade union registration.

Refusals to register trade union organizational structures are isolated cases based on objective reasons (as a rule, non-compliance with legislative provisions concerning the procedure for establishing a trade union and submitting all the necessary information and documents to the registration body).

Provided the procedure for forming a trade union has been complied with, the documents for State registration of the trade union or organizational structure can be resubmitted to the registration authorities once their shortcomings have been remedied; a refusal to register (or place on record) does not amount to a ban on the establishment of a trade union or an organizational structure thereof and does not constitute an insurmountable obstacle to registration.

Citizens' membership or non-membership of trade unions does not entail any restrictions on their labour, socio-economic, political or personal rights and liberties.

Citizens of Belarus freely and actively exercise the right to associate in trade unions.

The national trade union centre is currently the Federation of Trade Unions of Belarus (FPB), which brings together 15 sectoral trade unions, six regional and Minsk city trade union associations, and 137 district and town/city trade union associations, and represents the interests of about 4 million people.

However, it should be emphasized that Belarusian legislation does not oblige trade unions to establish a single national trade union centre. Trade unions operating in Belarus have come together in the FPB *solely at their own initiative*. This practice is fully consonant with *ILO principles* and is seen in many countries around the world.

Trade unions and their leaders, members and activists may *freely* carry out their *lawful* activities to assert and protect workers' labour, social and economic rights and interests and improve citizens' living standards and social security, including by means of engaging with the authorities within the country's social partnership system.

Trade unions and employers in Belarus are the Government's fully fledged partners in developing and implementing national social and economic policy, thanks to which high labour, employment and social protection standards have been introduced into the country.

The social partners participate in drafting social and labour legislation.

Tripartite consultative bodies – councils on labour and social issues – have been set up and function at all levels (national, sectoral, regional, town/city and district) (as of 1 January 2024, 352 councils were in operation).

The *practice of regulating social and labour relations through collective agreements and contracts* has been widely consolidated (as of 1 January 2024, 611 collective agreements and 20,924 organization-level collective contracts had been signed).

The Government and national associations of employers and trade unions systematically *conclude general agreements* reflecting the parties' agreed positions and commitments on issues surrounding economic policy, income and living standards, social protection, labour

market development and employment promotion, occupational safety and health, and social partnership.

The current General Agreement (the 16th, extended to cover 2022–2024) applies to all employers, all trade unions and all workers and students and pupils in educational institutions.

Trade unions, in compliance with the aims and objectives set out in their charters, have the right to cooperate with trade unions in other countries and to join international and other trade union associations and organizations of their choice.

In these circumstances, **the procedure for receiving foreign financial aid is unjustifiably linked** in the ILO framework to **Articles 5 and 6 of Convention No. 87**. These articles *do not contain provisions* on trade unions' right to unimpeded receipt of financial or other forms of assistance for political and campaigning work among the population.

The law of Belarus *does not prohibit* trade unions from receiving foreign financial aid, and the registration procedure is quick and easy. *There have been no instances* of trade unions being *denied* such aid.

The existing ban on receiving and using foreign financial aid for purposes involving political and campaigning work is dictated by *national security interests* and is more than justified in the current situation.

It is obvious that the opportunity to sponsor mass events in the country would be used by outside forces to *destabilize the socio-political and socio-economic situation*, which would have an extremely *negative impact on society and citizens' well-being*.

The current arrangements for organizing and holding mass events in Belarus do not conflict with the principles of freedom of association and are fully consistent with the provisions of the International Covenant on Civil and Political Rights.

Legislation punishing breaches of the existing order that result in serious negative consequences aims *to prevent unlawful, socially dangerous acts* that pose a real threat to citizens' life and health. This legislation does not deter citizens and trade unions' from exercising the right to freedom of *lawful, peaceful* assembly.

The provisions of the Law on Mass Events *do not contain rules prohibiting citizens from exercising the right to lawful, peaceful assembly*. The amendments to the Law targeted the organization, preparation and commission of acts that infringe on the State's independence, territorial integrity and sovereignty, the foundations of the constitutional order, and public safety through the organization of mass unrest, acts of vandalism involving damage to or destruction of property, the seizure of buildings and structures, and other acts that grossly disrupt public order, or active participation in such acts.

The amendments made to the Criminal Code aim to *ensure fairness, even-handedness, and uniform application of the criminal law* in practice. The amendment of legislation on criminal responsibility *does not seek to infringe citizens' and trade unions' lawful rights* to organize and hold peaceful mass events *in compliance with legal requirements*, nor to impede the exercise of other rights and liberties guaranteed by the Constitution, national law and international obligations.

The amendment of the legislation was a *necessary step* in bringing its provisions into line with the current situation and the serious challenges posed in 2020 by an unprecedented, planned attack on the State by enemy forces.

The **arrangements for organizing and holding strikes** set out in the legislation **do not contradict international labour standards** but allow citizens to fully exercise their right to hold *lawful* strikes in order to resolve *collective labour disputes*.

The *prohibition on raising political demands* during strikes is a *widespread and justified international practice*, as enterprises should not be manipulated or used to apply pressure to achieve purely political goals.

In the context of the unprecedented political and economic pressure exerted on Belarus, implementing the ILO supervisory bodies' requirements in terms of weakening state control over money from abroad, exonerating trade unions and citizens from responsibility for gross violations of the law when holding mass events, and legalizing political strikes would **strengthen destructive outside influence on the situation in the country**. This development **would not be in the country's national interests and clearly would not serve the purpose of ensuring Belarusian citizens' well-being**.

Engagement with the ILO and social partners on the implementation of the Commission of Inquiry's recommendations

The Government of Belarus notes with *deep regret* the negative assessment by the ILO supervisory bodies of its efforts to build constructive engagement with the social partners and the International Labour Office ("the Office") concerning the implementation of recommendations addressed to the country.

The Government has always paid *due attention* to the ILO supervisory bodies' observations and recommendations. However, at present their assessments of the situation in Belarus are *based solely on unsubstantiated complaints and unconfirmed information* from particular trade union associations, which, guided by *purely political motives*, aim to *escalate pressure on Belarus* through the ILO

As practice shows, the **complaints** received by the Office **do not arise from an objective situation** and **utterly fail to reflect (that is, deliberately distort) the real state of affairs in Belarus**.

The Government of Belarus has made every effort to build an effective dialogue with the social partners and the ILO concerning implementation of the recommendations. For this purpose, the country specially created an additional negotiation platform – *a tripartite Council for the Improvement of Legislation in the Social and Labour Sphere*.

When working to implement the recommendations, the Government has *clearly followed the plans and arrangements jointly agreed with the ILO*. The *constructive position of Belarus* has been repeatedly noted by various ILO missions and expert groups visiting the country, including a direct contact mission to Minsk in January 2014.

As a result of steps taken, **several recommendations made to Belarus have been fully implemented, while significant progress has been made in implementing the remainder**.

Thus, the Commission of Inquiry's recommendations have been made available to the general public. Systematic steps have been taken to inform the courts and the prosecution service of the need to carefully examine complaints of anti-union discrimination. The impartiality, independence and openness of the judicial system has been ensured, and citizens are guaranteed the right to a fair trial (*Recommendations 4, 7 and 8*).

Background:

The Commission of Inquiry's recommendations were published in the Ministry of Labour and Social Protection's journal Occupational Safety and Social Protection (No. 4 of April 2005) and in the newspaper Respublika (No. 209 of 9 November 2006).

With the Office's support, seminars on respect for trade union rights and protection against anti-union discrimination were held for judges and representatives of the prosecution service (16 January 2007 and 18 June 2008). Participants were informed about the ILO's approach to freedom of association and the tasks set out in the recommendations for the courts and the prosecution service.

The principle of the rule of law applies in Belarus.

Article 60 of the Constitution guarantees everyone protection of his or her rights and freedoms by a competent, independent and impartial court.

Judges are independent and subject only to the law. Interference in the activities of judges is impermissible and punishable.

Parties and persons participating in proceedings have the right to appeal against decisions, sentences and other court rulings.

There are no obstacles to citizens taking cases to court.

Despite the fact that the law *provides all the necessary measures to protect trade union rights*, Belarus has *introduced an additional mechanism to this end* by establishing the Council for the Improvement of Legislation in the Social and Labour Sphere in 2005.

The concept of the Council, its powers and its role in implementing the Commission of Inquiry's recommendations were *jointly developed with the Office*. In 2009, the Council was *reformed as a tripartite body* consisting of an equal number of representatives from the Government, trade unions and employers' associations.

The Council has become the *central forum* for reviewing the implementation of the Commission of Inquiry's recommendations. The Council has been charged with *operating as a tripartite independent body*, trusted by all parties and mandated to address complaints (*Recommendations 5 and 7*).

Background:

The Council is empowered to consider the full range of issues arising from the Commission of Inquiry's recommendations, from examining specific situations relating to trade union registration or collective bargaining to discussing the desirability of legislative changes.

Over the years, the Council has considered a wide variety of issues directly relating to the implementation of the recommendations and concerning interaction between the social partners, the application and improvement of legislation, the registration of trade union organizations, the exercise of trade union rights, complaints of anti-union discrimination, cases of termination of employment contracts, the conclusion of sectoral agreements and collective contracts, the ratification of ILO Conventions and engagement with the Office in the framework of international technical cooperation.

The Council has been directly involved in resolving a number of disputes that formed the basis of trade union complaints to the ILO.

Representatives of the Office have participated in the Council's work on several occasions and, together with employers' and trade unions' associations, have commended its work and emphasized its important role in resolving trade union grievances.

The Government has taken *measures to liberalize the trade union registration process*. So as to simplify and formalize the procedure for registering public associations (including trade unions), the National Registration Commission has been abolished, the requirement for at least 10 per cent of the total number of employees to form a trade union has been removed, and trade unions have been given the option of being located (that is, obtaining a legal

address) not only at the employer's address but also at any other location (*Recommendations 2 and 3*).

Background:

Presidential Edict No. 605 of 6 October 2006 abolished the National Commission for the Registration (Re-registration) of Public Associations. The Ministry of Justice is responsible for registering national-level trade unions, while the justice directorates of local executive and administrative bodies are responsible for registering territorial trade unions and trade unions established in organizations.

The Ministry of Justice closely monitors the situation concerning trade union registration and issues the necessary guidance to the registration authorities to prevent violations.

On 2 June 2015, Presidential Decree No. 4 was adopted, amending Presidential Decree No. 2 of 26 January 1999 on several measures to improve the functioning of political parties, trade unions and other public associations. Under Decree No. 4, at least 10 people are required to establish a trade union at an enterprise.

The Government continuously monitors interactions between enterprise administrations and trade unions and has made clear *its view that there should be no interference* in the activities of trade union organizations (*Recommendation 6*).

Background:

At the Government's initiative, the issue of interaction between representatives of employers and trade unions at the level of organizations was considered at a meeting of the National Council on Labour and Social Issues on 31 January 2007.

The National Council, as the main tripartite body, drew attention to the need for strict observance of the principles of social partnership enshrined in legislation and ILO Conventions, noted the inadmissibility of interference by employers in the internal affairs of trade unions, and recommended that trade unions actively use social partnership mechanisms to protect their rights and those of their members.

Following a decision of the National Council, interaction between employers' and trade unions' representatives at the level of organizations was considered at meetings of sectoral and territorial (that is, regional, town/city and district) councils on labour and social issues.

In order to ensure that all social partners can freely and equally participate in dialogue with the Government, a representative of the Belarusian Congress of Democratic Trade Unions (BKDP) was included in the main tripartite social partnership body at the national level, the National Council on Labour and Social Issues (*Recommendation 11*).

Background:

The inclusion in the National Council of Mr A. Yarashuk, BKDP chairperson, was approved at the National Council's meeting on 31 January 2007.

As the activity of the BKDP has been terminated, it is now impossible for representatives of this (defunct) trade union association to participate in the National Council's work.

Belarus ensures a *clear distinction between the roles of the Government and the social partners*, which is a prerequisite for the latter to carry out their lawful activities freely and independently (*Recommendation 12*).

Background:

The Government's activity is governed by the Law of 23 July 2008 on the Council of Ministers of the Republic of Belarus.

Trade unions operate in accordance with the Law of 22 April 1992 on Trade Unions.

Employers and employers' associations operating in Belarus are covered by the Law of 12 December 2022 on Employers' Associations.

Following a direct contact mission to the country in 2014, **the Government worked with the ILO to implement a number of international technical cooperation measures to implement specific recommendations** of the Commission of Inquiry.

Thus, activities to increase the Council's effectiveness, improve dispute resolution and develop mediation aimed to implement *Recommendations 5 and 7*.

The formulation of guidelines for enterprise-level collective bargaining and their inclusion in the General Agreement between the Government and national associations of employers and trade unions helped put into practice the principle of trade union pluralism, in line with *Recommendations 6 and 12*.

An event for judges, prosecutors and lawyers on the application of international labour standards contributed to the implementation of *Recommendations 4 and 8*.

Further impetus for the development of social dialogue and tripartism in Belarus has been provided by the *entry into force of Law No. 225-Z of 12 December 2022 on Employers' Associations* from 16 December 2023.

The Law was drafted at the initiative of business associations engaged in social dialogue with trade unions and takes full account of ILO standards and principles.

In order to discuss practical aspects of the implementation of the Law, on 19 September 2023 the Ministry of Labour and Social Protection hosted a seminar with Vladimir Churovich, Senior Specialist in Employers' Activities from the Decent Work Technical Support Team and the ILO Country Office for Eastern Europe and Central Asia, who acquainted employers' representatives with international experience of drafting legislation on employers' associations and the ILO's views on this issue.

The above information confirms that the **implementation by Belarus of the Commission of Inquiry's recommendations is steadily progressing**. Moreover, the ILO supervisory bodies have repeatedly noted *with interest* the measures taken by the Government, observing that *certain progress* has been made.

In this regard, the allegations that the Government of Belarus has not taken action to implement most of the Commission of Inquiry's recommendations and has completely failed to make progress in their implementation sound completely unfounded and do not correspond to reality.

The Government of Belarus is ready to work on the Commission of Inquiry's recommendations, **on the mandatory condition that account is taken of today's realities and national interests**, to which the country's stable socio-economic development, the Belarusian people's well-being and high standard of living, social harmony and the fundamental principles of government of the people, the rule of law and the State's independence, territorial integrity and sovereignty are central.

Activity of tripartite social partnership bodies

Tripartite consultative bodies are fundamental to the country's social partnership system. They examine current social and labour-related developments and other issues raised by the social partners.

The **tripartite Council for the Improvement of Legislation in the Social and Labour Sphere** ("the Council"), coordinated by the Ministry of Labour and Social Protection and previously suspended in connection with the Covid-19 pandemic, **resumed its work** this year.

During the Council's meeting on 26 May 2023, based on the parties' suggestions, it considered approaches to implementing the Committee on Freedom of Association's recommendation concerning the establishment of a non-judicial mechanism for settling labour disputes.

Following the discussion and considering the recommendation of the Committee on Freedom of Association that joint work with the social partners be continued to build an effective non-judicial mechanism for resolving labour disputes, it was **decided to establish an expert group from among the Council's members to examine communications from trade unions, trade union associations and employers' associations regarding the resolution of labour disputes**. It was decided that when the Council receives communications from trade unions, trade union associations and employers' associations concerning labour dispute resolution, the expert group will conduct a preliminary examination and inform the Council of its findings.

The agenda of the Council's meeting on 22 September 2023 included proposals for the work plan of the Council for the Improvement of Legislation in the Social and Labour Sphere and information from the International Labour Office on interpreting the provisions of the Freedom of Association and Protection of the Right to Organise Convention, 1948 (No. 87), concerning the right to strike. There was a discussion within the Council in the framework of the implementation of the Tripartite Consultation (International Labour Standards) Convention, 1976 (No. 144).

During the meeting, the parties came to the conclusion that the Council should continue to discuss the issues around collective bargaining at various levels of social partnership.

A discussion was held on the right to strike in Convention No. 87. It was agreed that, if necessary, each party would independently inform the Office of its views.

In 2023, **four meetings** were held (on 11 January, 14 April, 26 July and 3 November) of the main tripartite social partnership body, the **National Council on Labour and Social Issues** ("the National Council").

At these meetings, the following issues were considered among others: the concept of a "parent-friendly" company; the results of the trade unions' exercise of their powers of non-government oversight; implementation of the General Agreement in 2022 and the first half of 2023; implementation of the Set of Measures for 2022–2023 to decrease the shortage of manual workers; the improvement of the regulatory framework governing the crisis management mechanism designed to help financially failing organizations recover; the situation on the consumer market of Belarus; and the level of the monthly minimum wage from 1 January 2024.

It should be noted that, in view of the previous positive practice of Office representatives attending meetings of the Council for the Improvement of Legislation in the Social and Labour Sphere, the Government *invited Office representatives to participate in the Council's meetings* and those of the National Council (including through videoconferencing).

Unfortunately, these *invitations were not accepted*.

Despite the fact that particular ILO supervisory bodies and the Office are casting *completely unjustified* doubt on the status and legitimacy of tripartite social partnership bodies operating in Belarus, the Council for the Improvement of Legislation in the Social and Labour Sphere and the National Council on Labour and Social Issues will continue their active work.

We count on Office representatives participating in meetings of these tripartite bodies. We are convinced that this could help ILO bodies and structures to form an *objective picture* of the social partnership system in Belarus, and would also make it possible to resolve baseless questions about the status and legitimacy of the country's main tripartite bodies.

Prosecution of individuals and organizations

The Government of Belarus has repeatedly drawn attention to the **baselessness and outright absurdity of allegations that the country's trade unions and citizens are persecuted for carrying out trade union activities and legally and peacefully exercising civil rights and liberties**.

ILO bodies have been misled by the complaints of politically motivated individuals and organizations and, deeply regrettably, continue to **erroneously** assume that the 2020 protests were motivated by economic and social considerations, were lawful and peaceful, and were directed at protecting civil and trade union rights and liberties.

The Government insists that **purely political events**, unrelated to the processes of social dialogue in the workplace and the exercise of trade union rights, **should not serve as a basis for assessing compliance with Conventions Nos 87 and 98 and should not be considered when monitoring their implementation**.

The 2020 protests were artificially encouraged by outside forces, *unlawful* and intended to *seize power by unconstitutional means*.

The protestors' demands (the resignation of the Head of State, fresh elections, exoneration of law breakers) had nothing to do with the protection of citizens' labour, social and economic interests and or the tasks that trade unions have the duty of performing.

Strikes as a legal way of resolving collective labour disputes were not announced or held, the mood of protest had no economic or social basis, and no demands were made to employers and the authorities in terms of regulating labour and socio-economic relations.

The attempts to organize a strike movement at the country's enterprises aimed to stop the enterprises that form the basis of the Belarusian economy from operating, in other words to **pursue political ends by exerting pressure on the lawful authorities by undermining the country's economic potential and social well-being**.

The **authors of complaints** to the Office are therefore **deliberately "dragging" political issues into the ILO's sphere of competence without objective grounds for doing so**.

Their aim is clear – they wish to **discredit Belarus** in the international arena, **justify** unprecedented **unilateral restrictive measures** against the country, **escalate political pressure** on the lawful authorities, and **unleash another wave of sanctions** based on the ILO's decisions.

In this connection, the Government is compelled yet again to draw attention to the fact that **the individuals and trade unions mentioned in complaints made to the ILO and comments issued by its supervisory bodies have been prosecuted for specific offences that are absolutely unrelated to the lawful and peaceful exercise of trade union rights and liberties**.

The **nature** of the **offences** committed by particular organizations and citizens fully **confirms the lack of connection with the guaranteed right to carry out lawful trade union activities**.

In view of the above, we note that the **information (complaint) that we received from the Office on 30 January 2024 signed by Maksim Poznyakov**, identifying himself as the current Chair of the defunct Belarusian Congress of Democratic Trade Unions (BKDP),² is nothing but **another attempt to misrepresent the situation in Belarus and to convince ILO bodies of the alleged persecution of trade union leaders and activists by the Belarusian authorities**. The purpose of these actions is clear: to use ILO decisions to further escalate undue pressure on Belarus.

The **Government has already commented on the reasons for the prosecution of the individuals** referred to in Maksim Poznyakov's information. They were **completely legally prosecuted for specific serious offences**.

Some of these individuals were members of a group by the name of Rabochy Rukh [Workers' Movement] / Extended Round Table. This is an *extremist formation* financed from abroad. It principally aims to involve employees of state-owned industrial enterprises in *radical political activity* so as to obtain internal business information, *stop their operations* and *strengthen sanctions* against Belarus. It has been established that, in addition to committing extremist crimes, the members of this extremist organization engaged in illegally gathering and passing on confidential business information about Belarusian economic entities to foreign states, foreign organizations and their representatives.

Other individuals referred to in the information have also been prosecuted for *specific offences* that have *nothing at all to do with the lawful and peaceful exercise of trade union, civil or other rights and liberties*, such as gross violation of public order resulting in disruption to transport and enterprises; violence against internal affairs officers; calls for action to harm national security; incitement to ethnic or social enmity and discord on the grounds of ethnic and social affiliation; facilitation of extremist activities; defamation; and damage to property in public places.

Since the criminal prosecution of these individuals is *unrelated to lawful trade union activity or exercise of other civil rights and liberties*, ongoing **attempts** by opponents of Belarus **to manipulate this situation are extremely concerning**.

These citizens have committed **serious offences** against national security, society and the State. Any **calls for all charges to be dropped**, their **immediate release** and the full restoration of their rights **have no legal basis**.

Questions surrounding the review of sentences, contact with offenders and parole are solely for the law enforcement agencies and courts, **interference in the activities of which is impermissible and punishable by law**.

Moreover, we consider it necessary once again to draw the attention of ILO bodies to the fact that the **activities of the Belarusian Congress of Democratic Trade Unions (BKDP) and its member organizations were terminated** in the summer of 2022 by the Supreme Court of Belarus as contravening the Constitution and other legislation and damaging the State and the public's interests.

The **structure** that is currently **acting allegedly on the BKDP's behalf** in Belarus **is not registered and is illegitimate** (by law, unregistered associations may not operate in the country).

² The activities of the BCDP and its member organizations were terminated pursuant to decisions of the Supreme Court of Belarus as contravening the Constitution of Belarus and other legislation and harming the interests of the State and society.

There are therefore **no legal grounds for the Office and ILO bodies to engage with it as a national association** allegedly representing the interests of Belarusian workers.

Adoption of an anti-Belarus resolution during the 111th session of the International Labour Conference (ILC) and its implementation

The Government insists that **there were absolutely no grounds for article 33 of the ILO Constitution to be applied to Belarus or the adoption** at the 111th session of the ILC in June 2023 **of a resolution on Belarus** calling, in effect, for the isolation of the Belarusian State.

National law and practice do not contravene the obligations undertaken by Belarus to comply with ILO Conventions Nos 87 and 98.

Belarus is making steady progress in implementing the recommendations of the Commission of Inquiry. The Government has clearly followed the agreements reached and the plans developed jointly with the ILO. ILO supervisory bodies have repeatedly noted *with interest* the measures taken by the Government, observing that a certain amount of progress has been made.

In this regard, the allegations that the Government of Belarus has not taken action to implement most of the Commission of Inquiry's recommendations and has completely failed to make progress in their implementation sound **completely empty and do not correspond to reality**.

The Government has always been open to constructive collaboration with the social partners and the Office across the entire spectrum of social and labour issues, **under the mandatory condition that the realities and sovereign interests of Belarus are taken into account**.

At the same time, the **anti-Belarus resolution**, which is contrary to the ILO's spirit, fundamental principles, goals and objectives and contains unfounded calls for the implementation of restrictive measures (in effect, sanctions) against the country and the curtailment of cooperation with its Government, **is a serious obstacle** to any effective and productive **further engagement** whatsoever.

It is obvious that the adoption of unfair and unjustified decisions against the Belarusian State and society within the ILO framework is **part of the policy of pressure and confrontation initiated by Western countries**, on the pretext of unsubstantiated, untrue accusations of the Government's alleged lack of progress in the implementation of the recommendations of the Commission of Inquiry, non-compliance with the provisions of ILO Conventions Nos 87 and 98 and persecution of so-called "independent" trade unions

It should be noted that many ILO Member States do not agree with the accusations made against Belarus and are fully aware of the **politicized nature of the campaign launched against it**. They oppose the use of United Nations agencies as **levers to bring undue pressure on sovereign States in order to interfere in their internal affairs**.

For its part, the **Government of Belarus insists on the need to curtail the unconstructive anti-Belarus processes launched within the ILO framework** that seek to implement plans to destroy the country's economy and social and labour sphere

The Government of Belarus calls on the **tripartite constituents of the ILO** – governments of the Organization's Member States and employers' and workers' associations – **not to take any steps to implement the resolution on Belarus** adopted at the ILC's 111th Session, which

sets a dangerous precedent of exerting unlawful pressure on a country on the basis of fallacious, politically motivated accusations.

This policy of isolation, blocking of opportunities for cooperation, restrictions and sanctions is a dead end that undermines the ILO's authority and erodes the Organization's ideology and principles.

Politically motivated, totally unjustified, discriminatory decisions on Belarus must be withdrawn.